

Platz abbeck

Nr. 6, 28. August 2008

DIE LINKE.KÖLN

Die Linke.Köln Fraktion im Rat der Stadt Köln

V.i.S.d.P. Die Linke.Köln, Haus Neuerburg, Gülichplatz 3, 50667 Köln,
Tel. 221-278 40, Fax 221-278 41, email: DieLinke.Koeln@stadt-koeln.de,
www.linksfraktion-koeln.de

Tariffucht bei städtischem Unternehmen SBK verhindern!

Die Sozial-Betriebe Köln (SBK) pflegen alte und behinderte Menschen. Sie betreiben mit den Riehler Heimstätten eines der größten Altenheime Kölns. Aber auch die ambulante Pflege, also die Unterstützung alter und behinderter Menschen, die in einer eigenen Wohnung wohnen, ist ein großes Geschäftsfeld der SBK.

Bis 2006 wurden sie als Eigenbetrieb geführt, d. h. sie waren als städtisches Unternehmen unmittelbar dem Rat rechnungspflichtig. Durch einen Ratsbeschluss im Juni 2006 sind die Sozial-Betriebe Köln in die gleichnamige gemeinnützige Gesellschaft (gGmbH) umgewandelt worden. Das geschah seinerzeit angeblich in einem breiten Konsens mit den Beschäftigten.

Diese Zustimmung der Beschäftigten wurde nicht zuletzt durch den Eindruck erzielt, für sie sei keine Schlechterstellung zu erwarten. In den Überleitungstarifverträgen mit ver.di und Komba heißt es in der Präambel: „Die Vertragsparteien sind sich darüber einig, dass dem übergeleiteten Personenkreis keine Rechtsnachteile entstehen sollen.“ Außerdem hat sich die SBK gGmbH verpflichtet, „umgehend Mitglied im Kommunalen Arbeitgeberverband (KAV NW) zu werden“.

Vor kurzem, fast genau zwei Jahre später, wurde den Beschäftigten auf einer Betriebsversammlung der Ausstieg aus der Tarifbindung des Arbeitgeberverbandes mitgeteilt. Anlass dafür war die Lohnerhöhung im öffentlichen Dienst, die nach jahrelangen Nullrunden Anfang des Jahres von ver.di ausgehandelt wurde. Mit dem Ausstieg aus dem Arbeitgeberverband müssen die SBK nicht mehr nach Tarif zahlen bzw. können einen eigenen, weitaus niedrigeren Haustarifvertrag abschließen.

Begründet wird das von der Geschäftsleitung damit, dass der Wettbewerb auf dem Pflegemarkt keine höheren Preise für die Dienstleistungen zulässt. Falls es nicht zu niedrigeren Lohnabschlüssen kommt, droht der Geschäftsführer ganz unverhohlen mit Entlassungen, für die die Personaldecke allerdings schon zu dünn ist. Qualitätsverlust der Pflege wäre die Folge. ↓

Mehr Transparenz bei der RheinEnergie

Alleine in diesem Jahr sind dem Rat der Stadt Köln sechs zumeist Eilvorlagen für den weiteren Expansionskurs der RheinEnergie vorgelegt worden. Wir haben sowohl gegen das Verfahren als auch gegen die Inhalte der Vorlagen Bedenken erhoben und die Intransparenz der ganzen Angelegenheit kritisiert. Inzwischen ist der geplante Kauf der Stadtwerke Hilden und Wuppertal gescheitert. Private Anbieter wie z.B. das private belgische Unternehmen Electrabel haben größere Summen geboten, angeblich 15 Mio. mehr als die RheinEnergie.

Kommunale Stadtwerke kaufen inzwischen auch Versorger, die nicht mehr in unmittelbarer Nähe des eigenen Einzugsgebiets liegen. So haben die Mannheimer Stadtwerke MVV, an denen die Rheinenergie beteiligt ist, jüngst die Mehrheit der Kieler Stadtwerke aufgekauft. Das hat mit regionaler Versorgung nichts mehr zu tun.

Der Vorstand der RheinEnergie will mit den großen vier Energieunternehmen konkurrieren und vielleicht den einen oder an-

deren verdrängen. Die RheinEnergie handelt wie ein privates Unternehmen, denn kommunale Unternehmen sind territorial gebunden. Seit der Änderung der Gemeindeordnung birgt das eine besondere Gefahr. Nun müssen kommunale Unternehmen, die sich wirtschaftlich außerhalb ihres Einzugsgebiets betätigen, in ihrer eigenen Stadt an Ausschreibungen teilnehmen. Das könnte bedeuten, dass private Unternehmen über Kampfpreise kommunale Versorger kaputt machen.

Ein kommunales Unternehmen hat einen öffentlichen Zweck. Das heißt somit auch, dass eine reine Profitmaximierung nicht zulässig ist. Die RheinEnergie aber hat bisher die 6%ige Ausbildungsquote nicht umgesetzt. Außerdem lehnen der Vorstand und der Aufsichtsratsvorsitzende Biemann einen Sozialtarif mit der Begründung ab, das könne im Rahmen des Wettbewerbs nicht umgesetzt werden.

Die RheinEnergie aber muss Leistungen nach sozialen Bedürfnissen ausrichten. Das ist auch eine Chance, sich als kommunales Unternehmen von privaten zu unterscheiden. Stattdessen sponsert sie wie Private den 1. FC Köln, der ohnehin finanziell von der Stadt bestens ausgestattet ist, oder Künstler. Das hat mit kommunaler Daseinsvorsorge gar nichts zu tun, auch wenn das ein oder andere Projekt vernünftig ist. Die RheinEnergie sollte das eine tun, ohne das andere zu lassen. →



Die Fraktion DIE LINKE: Köln lädt zur Diskussion ein. Der Präsident der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer, Michel Vanderborght und Bernhard Schmid, Journalist, Buchautor und Experte für französischen Rechtsextremismus informieren über Hintergründe.

Danach stellen der Kreisverband und die Jugendorganisation Linksjugend ['solid] geplante Aktivitäten und Aktionen gegen den Kongress vor.

Von den Belastungen des Personals spricht niemand. Unweigerlich beschleicht einen die Frage: Wie hat sich die Geschäftsführung eigentlich vor dem Tarifabschluss die Entwicklung der Personalkosten vorgestellt? Ist sie davon ausgegangen, dass die Beschäftigten immer weitere Reallohnverluste schlucken würden?

Durch diese Maßnahme ist das Vertrauen der Belegschaft bereits schwer erschüttert. Es wäre kein Wunder, wenn sich das Personal zukünftig weniger engagiert als bisher und auch schneller den Arbeitsplatz wechselt. Das wiederum verschlechtert die Pflege und zerstört Wettbewerbsvorteile, die das kommunale Unternehmen noch durch seinen guten Ruf hat. Allein deshalb darf es keine Absenkungen der Tarife geben.

Außerdem würde eine eigene Tarifgestaltung der SBK unterschiedliche Bedingungen in Unternehmen der Stadt Köln schaffen. Die Stadt Köln darf aber keine Unterscheidung in Beschäftigte erster und zweiter Klasse zulassen. Deshalb hat DIE LINKE einen Antrag gestellt, den Austritt aus dem Arbeitgeberverband unverzüglich rückgängig zu machen.

Auf einer Veranstaltung des Vertrauensleuterkörpers der ver.di-Gruppe in den SBK kam es zu einem heftigen Streit zwischen Vertretern von SPD, Grüne, FDP und DIE LINKE. Während DIE LINKE uneingeschränkt für einen Verbleib der SBK im Arbeitgeberverband eintrat, lehnten die übrigen Parteien diesen Schritt ab und verschanzten sich hinter scheinbaren Sachzwängen.

Jörg Detjen

Ein kommunales Unternehmen muss sozial gegenüber den Beschäftigten, aber auch gegenüber den Kunden, den Könnern und Kölnern, sein. Wenn die Mitarbeiter der RheinEnergie seit Jahren ein Deputat an Strom bekommen, warum sollen Arbeitslose oder Geringverdiener nicht auch eine Vergünstigung durch einen Sozialtarif erhalten?

Der Werbespruch der RheinEnergie „Für jeden den richtigen Tarif“ ist ja gar nicht so falsch. Doch die Diskussion über den Sozialtarif hat diese Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit erst richtig deutlich werden lassen. Sogar der CSU-Verbraucherminister Seehofer prüft jetzt einen bundeseinheitlichen Stromtarif mit einem günstigen Basistarif.

Und wenn jetzt die RheinEnergie die Beschaffungsgesellschaft RET gründet und dabei einen Gewinn von mindestens 5 Mio. Euro für den Haushalt der Stadt Köln ankündigt, fragt man sich, wo der soziale Zweck dieses Unternehmens liegt. Warum wird den Kunden nicht wenigstens ein Teil des möglichen Gewinns weitergegeben?

DIE LINKE unterstützt kommunale Kooperationen von Stadtwerken. Wir sind aber dagegen, dass die Stadt Köln Gewinne von den Einwohnern benachbarter Kommunen macht. Wir müssen andere Formen kommunaler Kooperationen und Einkaufsgenossenschaften entwickeln. Einer solchen Diskussion müssen sich Verwaltung und Vorstand der RheinEnergie stellen.

Jörg Detjen

Leistungsbericht des Sozialamtes offenbart erschreckende Armutsbilanz

Anfang August veröffentlichte die Kölner Sozialdezernentin Marlies Bredehorst den Leistungsbericht des Amtes für Soziales und Senioren. Er offenbart erschreckende Zahlen: Jede achte Kölnerin bzw. Kölner kann ohne Hartz IV-Leistungen nicht überleben. Jede und jeder siebte in unserer Stadt ist überschuldet. Mehr als 30.000 Kinder müssen in Armut aufwachsen.

Trotz Aufschwung und Rückgang der Erwerbslosenzahlen wächst die Armut in Köln. Die Politik der Umverteilung von unten nach oben versagt, wenn es darum geht, eine ausreichende Zahl existenzsichernder Arbeitsplätze zu schaffen. Aus Sicht der Partei DIE LINKE dürfen Stadtgesellschaft und Sozialverwaltung vor diesem Marktversagen nicht länger die Augen verschließen.

Erwerbslose dürfen nicht mehr auf Grundlage der Hartz IV-Gesetze mit der Suche nach individuellen Vermittlungshindernissen gedemütigt und stigmatisiert werden. Köln braucht eine andere Politik, die durch öffentliche Beschäftigung und Investitionen existenzsichernde Arbeit schafft, und kein selbstgerechtes „Weiter so“ der Sozialverwaltung.

Mit dem Köln-Pass hat DIE LINKE im Kölner Rat ein wichtiges Instrument zur Verbesserung der Lebenssituation der Menschen durchgesetzt. Sozialtarife für Strom und Gas müssen schnell folgen. DIE LINKE. Köln wird im Rat weiterhin konsequent für Mehrheiten zur Verbesserung der Lebenssituation der Menschen streiten. Allerdings weiß sie auch, dass solche Hilfen allein die Not nur lindern und die Probleme nicht lösen.

Das Eingeständnis der Sozialdezernentin, dass sogar städtische Beschäftigte auf ergänzende Hartz IV-Leistungen angewiesen sind, weil sie von ihrem Arbeitseinkommen nicht mehr leben können, ist ein Armutszeugnis der städtischen Politik.

Mit der Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn und der Wiedereinführung eines Tariftruegesetzes für die Vergabe öffentlicher Aufträge setzt sich DIE LINKE konsequent für die Interessen der Beschäftigten ein.

Hans Günter Bell, Michael Kellner

Aus den Bezirken:

■ Kalk

Internationale Rassisten haben in Köln keinen Platz!

In der 33. Sitzung der Bezirksvertretung Kalk wurde eine gemeinsame Resolution gegen die internationale Rassistenkonferenz unter dem Titel „Nein zur Islamisierung – Nein zur Kölner Großmoschee“ am 19. und 20. September 2008 behandelt. Die gemeinsame Resolution wurde von allen Fraktionen in der Bezirksvertretung und mir als Einzelmandatsträger der LINKEN für die Sitzung eingebracht und unterstützt.

Die BV Kalk stellt sich gegen eine vermeintliche „Anti-Islam-Konferenz“, die nur dazu dient, das Zusammenleben der Menschen verschiedener Kulturen und Religionen in Köln zu zerstören und Vorurteile unter den Menschen zu verbreiten, die seit Jahrzehnten auf einer demokratischen Basis friedlich zusammenleben.

In der gemeinsamen Resolution unterstützt die BV Kalk die Initiative demokratischer Kräfte und den Aufruf „Wir stellen uns quer: Europäische Rassisten haben in Köln keinen Platz! Gemeinsam sind wir Köln!“ In der Resolution wird erklärt, dass die Stadt Köln dem Städtebündnis gegen Rassismus angehört und nicht tatenlos zu

sehen wird, wie ihre BürgerInnen und Bürger diffamiert und diskriminiert werden. Die BV und die Verwaltung setzen sich dafür ein, dass ein diskriminierungsfreies, friedliches, tolerantes und Religionsfreiheit achtendes Zusammenleben in unserer Stadt gewahrt bleibt.

In der Resolution wird desweiteren noch festgelegt, dass die BV die Verwaltung und Polizei darin unterstützt, alle rechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen, dass diese Veranstaltung in Köln unterbleibt.

Die Stadt Köln und stadteteiligte Unternehmen werden aufgefordert, für diese rassistische Konferenz keine Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen, und private Vermieter werden auch aufgefordert, ebenso zu verfahren.

Özgür Demirel

Letzte Meldung: BV Chorweiler stimmt für die Revolution

Es ist wirklich wahr: In einer geheimen Abstimmung in ihrer Sitzung am 21. August 08 hat sich die BV Chorweiler mit 12 gegen 2 Stimmen bei 4 Enthaltungen ausdrücklich für die Revolution entschieden. Doch bevor der Stadtbezirk von Ordnungskräften aller Art umstellt und auf dem Bezirksrathaus die Fahne des Aufstands gehisst wird, sei der geneigte Leser beruhigt – es handelt sich, dem Herrn sei gedankt, nur um einen Druckfehler auf den Stimmzetteln, mit denen die BezirksvertreterInnen ihr Votum für eine Resolution gegen den Hasskongress von „Pro Köln“ im September abgaben.

Martin Schöppe, der Vertreter der Kölner Rechtsextremisten in der BV hatte den Antrag auf geheime Abstimmung gestellt, nachdem der Mandatsträger der LINKEN einen Änderungsantrag zur ursprünglichen Resolution von CDU, SPD und Grünen eingebracht hatte. Diese erwähnte nur die drei Fraktionen als Verfasserinnen, sprach fälschlicherweise davon, dass Nick Griffin, der vorbestrafte Holocaustleugner und Vorsitzende der British National Party sprechen werde und enthielt einige sprachliche und weitere inhaltliche Schludrigkeiten. Nach kurzer Unterbrechung der Sitzung einigte man sich auf einen Text, der zwar nicht alle Ungereimtheiten ausräumte, dafür aber die gesamte BV als Urheberin der Resolution und Nick Griffin korrekt als ursprünglich eingeladen benannte.

Dies hinderte Schöppe nicht daran, wahrheitswidrig zu behaupten, der britische Nazi sei von „Pro Köln“ nie als Teilnehmer eingeplant gewesen. Diese Lüge hatte besonders kurze Beine, denn die vorsorglich von der LINKEN mitgeführte Dokumenta-

tion über die Ein- und Ausladung Griffins wurde sofort vorgetragen. Da blieb dem PKler nur der Antrag auf geheime Abstimmung – in der Hoffnung, dass nicht alle BezirksvertreterInnen der demokratischen Parteien für die Resolution stimmen würden.

Diese Hoffnung trog nicht ganz, nachdem es Gegrummel auf den Sitzen der CDU gegeben hatte, man werde nicht für eine Resolution gegen Rechts stimmen, wenn daran auch DIE LINKE beteiligt sei. 4 Enthaltungen änderten zwar nichts am Ergebnis, hinterließen aber doch den unschönen Eindruck, dass manchen die Distanzierung von der LINKEN wichtiger ist als der Protest gegen den hinter der sogenannten Anti-Islam-Konferenz lauernernden Rassismus der Kölner „Volksgenossen“.

Und die Revolution? Nun, die Stimmzettel waren nicht vorbereitet, sondern mussten in aller Eile gedruckt werden. Da kann ein s schon mal mit einem v wechselt werden. *Dieter Wernig*

■ Ehrenfeld

CDU lehnt Moschee-Pläne ab

Die Bezirksvertretungssitzung am 18.8. verlief ruhig, die Saalordner brauchten nicht einzugreifen, denn Herr U. war nicht da. Der vom Paulus zum Saulus gemauserte frühere CDU- und jetzige „pro Köln“-Fraktionsvorsitzende blieb auch von dieser Sitzung ausgeschlossen. Die Bezirksvertreter beschlossen als ersten Tagesordnungspunkt eine Resolution, in der sie den im September vorgesehenen „Anti-Islamisierungskongress“ als Hetzveranstaltung verurteilen und alle Gruppen der Bevölkerung



Warnwesten „Wir stellen uns quer“

Im Fraktionsbüro können die offiziellen Warnwesten gegen den „Anti-Islam-Kongress“ vom Hersteller zum Selbstkostenpreis von 5 Euro erworben werden.

auffordern, friedlich, aber nachdrücklich, dagegen zu protestieren.

Dennoch – ganz ruhig blieb es nicht. Bei der Abstimmung über die Verwaltungsvorlage zum Moscheebau gab es eine Überraschung, um nicht zu sagen, einen Eklat. Ungeachtet der bisherigen Beschlusslage in der BV 4, in der alle demokratischen Fraktionen und Einzelmitglieder nach umfänglichen Diskussionen den Neubau befürworteten, stimmte die CDU-Fraktion jetzt plötzlich gegen die Vorlage. Wie ihr Vorsitzender Niklas Kienitz erklärte, halte die CDU-Fraktion die Bedenken der Anwohner für nicht ausgeräumt und den Neubau in diesem Umfang nicht für akzeptabel. Ungeachtet dessen wurde der Vorlage gegen die Stimmen der CDU und des „pro Köln“-Vertreters zugestimmt. Das Stimmverhalten der CDU verbuchte ein anwesendes „pro Köln“-Ratsmitglied als Erfolg für die rechtsradikale Argumentation.

Helga Humbach

Europäische Rassisten haben in Köln keinen Platz!

Unter dem Titel „Nein zur Islamisierung – Nein zur Kölner Großmoschee“ will die rechtsextreme sogenannte „Bürgerbewegung pro Köln“ am 19. und 20. September 2008 einen internationalen Kongress in unserer Stadt durchführen. Neben dem Vorsitzenden des französischen „Front National“ Jean-Marie Le Pen sollte ursprünglich der verurteilte Holocaust-Leugner Nick Griffin, Vorsitzender der British National Party als einer der Redner auftreten. Die angekündigten Referenten und die Veranstalter wollen mit ihrer rassistischen Hetze, die sich (nicht nur) gegen hier lebende Muslime richtet, den Kommunal- und Europawahlkampf vorbereiten.

Wir rufen dazu auf, dies nicht tatenlos hinzunehmen – der angekündigte Rassistenkongress darf nicht stattfinden. Wir stellen uns quer gegen Rassisten, Neonazis und international bekannte Holocaust-Leugner.

Wir werden am 19. und 20. September präsent sein, denn Köln ist bunt, nicht braun – und das soll auch so bleiben.

Ja: 12 Nein: 2 Enth.: 4

Kein Platz für europäische Rassisten in Köln

Unter dem Titel „Nein zur Islamisierung – Nein zur Kölner Großmoschee“ will die extrem rechte „Bürgerbewegung pro Köln“ am 19. und 20. September 2008 einen internationalen Kongress in unserer Stadt durchführen. Ohne Rücksicht auf das Ansehen Kölns ist geplant, zahlreiche rechtsradikale Hassredner aus ganz Europa in unsere Stadt zu holen. Die Veranstalter und die angekündigten Referenten wollen mit ihrer rassistischen Hetze, die sich (nicht nur) gegen hier lebende Muslime richtet, den Kommunal- und Europawahlkampf vorbereiten.

Wir fordern den Oberbürgermeister Schramma und den Polizeipräsidenten Steffenhagen auf, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, damit die Hetzveranstaltung nicht stattfinden kann.

Wir rufen dazu auf, den angekündigten Rassistenkongress nicht tatenlos hinzunehmen. Wir stellen uns quer gegen Rassisten, Neonazis und Holocaust-Leugner. Wir werden am 19. und 20. September bereit sein, denn Köln ist bunt, nicht braun – und das soll auch so bleiben!

Wir fordern alle gesellschaftlichen Gruppen, Kirchengemeinden und Religionsgemeinschaften, Jugendorganisationen, Brauchtums- und Sportvereine auf, aktiv für ein weltoffenes, tolerantes Köln einzutreten.

Abstimmungsergebnis: Die Bezirksvertretung Ehrenfeld stimmt der Resolution mehrheitlich mit 16 Stimmen (SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, Köln, FDP) gegen 1 Stimme (pro Köln) zu.

Aus den Ausschüssen:

■ Kunst und Kultur

Kunsthfreiheit beanspruchen

Hochzeit für Kunst und Kultur 2008/2009. Die Spielpläne der Bühnen in Köln versprechen spannende Auseinandersetzungen mit dem Zeitgeschehen in unserer Stadtgesellschaft. Und die Texte und Töne auf den Brettern, die wirklich die Welt bedeuten, sprechen und klingen zwar für sich selbst. Aber außerhalb des Zuschauerraumes muss auf die Bühnenwerke aufmerksam gemacht werden, um sie wahrzunehmen. Darum werden sie in und mit den Medien angekündigt und beworben. Und dies ohne innere oder äußere Zensur.

Wir erinnern uns: In der letzten Spielzeit hat es städtischerseits zwei Plakatverbote – im Schauspiel „Die Nibelungen“, im Museum Ludwig „Das achte Feld“ – gegeben, nachdem zuvor Einwände wegen Gewaltverherrlichung oder -

verharmlosung, im Fall des Museumsplakates war es angeblich Pornographie – durch die Kölner Außenwerbung erhoben wurden, die vom Stadtdirektor und Kulturdezernenten vorrangig geteilt wurden. Karin Beier und Kasper König erhielten von beiden par ordre de Mufti ein striktes Aushängeverbot, das sie mit arbeits- und disziplinarrechtlichen Drohungen umschrieben. Dieser Angriff auf die künstlerische Freiheit von Kultureinrichtungen, die sich auch auf die Ankündigungsmedien erstreckt, darf sich nicht wiederholen. Die Entscheidung darüber, was und wie künstlerisch beworben wird, kann keinem Beirat

oder Ausschuss überantwortet werden. Sie muss von den Kulturschaffenden selbst gefunden werden. Allerdings: Wer keine Freiheit beansprucht, der merkt nicht, dass ihm keine Freiheit gewährt wird.

Und nun den Eisernen Vorhang hoch – Bühne frei!
Wolfgang Breuer

■ Soziales und Senioren

720 Kontenabfragen sind 720 zu viel

Am 30.5.2008 berichtete der Kölner Stadtanzeiger darüber, dass die Kölner ARGE Bankdaten ihrer Kunden bei entsprechenden Geldinstituten abgefragt haben soll, ohne die Kunden im Vorfeld darüber zu informieren.

Die Fraktion DIE LINKE. Köln stellte daher der Verwaltung ein paar Fragen.

Wie schon des Öfteren konnte oder wollte man seitens der ARGE nicht mit konkreten Zahlen herausrücken. So musste die Zahl derjenigen Kunden, deren Konto abgefragt wird, auf monatlich rund 60 geschätzt werden. Außerdem sieht sich die ARGE im gleichen Recht wie die Arbeitsagentur und damit als Landesbehörde.

Obwohl in der Anfrage eindeutig auf § 60 SGB I Bezug genommen wurde (darin steht, dass man auf Verlangen auch den Auskünften Dritter, wie der Sparkasse zustimmen muss), wird dies in der Antwort völlig ignoriert. Man beruft sich darauf, dass die §§ 51+52 des SGB II die generelle Erlaubnis bereits enthalten und so ist er geboren, der gläserne ARGE-Kunde. Umgekehrt gilt das nicht, denn die ARGE ist nicht verpflichtet, den Kunden über die Befragung der Bank zu informieren.

Trotz dieser umfassenden Möglichkeiten beharren die Kölner ARGEN auch immer noch auf die Abgabe von Kopien der Kontoauszüge, teilweise über den Zeitraum von drei Jahren. Kunden sind aber nach dem oben bereits genannten § 60 SGB I nur verpflichtet, „auf Verlangen des zuständigen Leistungsträgers Beweisurkunden vorzulegen.“ Wohlgemerkt, nicht zu kopieren und/oder abzugeben! Der Sachbearbeiter kann sich die Unterlagen durchsehen und einen Vermerk in der Akte machen: „Originale lagen vor.“ Das sollte reichen. Über welchen Zeitraum das zur Feststellung der aktuellen Bedürftigkeit wirklich nötig ist, darüber streiten noch die Gerichte.

HP Fischer

■ Soziales und Senioren

Köln-Pass: Warten auf den Erfolg

Das viel gelobte Erfolgsmodell Köln-Pass hat in der vergangenen Sitzung des Ausschusses einige Kratzer bekommen. Verschiedene Fragen waren dazu gestellt worden, u. a. vom Vertreter der Fraktion DIE LINKE. Köln.

Auch wenn der Köln-Pass sehr unbürokratisch ausgestellt wird, nehmen ihn viel zu wenige Berechtigte in Anspruch. Von den 120.000 Berechtigten nach SGB II haben 2007 nur 61.287 den Köln-Pass beantragt,

das sind nur 51 %. Von den 9.000 Wohngeldempfängern sind es nur 3.598 und damit 40 %, die den Köln-Pass beantragt haben. Die Folge ist, dass relativ wenige den Köln-Pass gerade im kulturellen Bereich nutzen. Im Ausschuss wurde deutlich Kritik geübt an der Öffentlichkeitsarbeit des Oberbürgermeisters und der KVB. Das Amt für Soziales und Senioren hat inzwischen die Initiative ergriffen und arbeitet an einem Konzept. Die Fraktion DIE LINKE. Köln begrüßt diese Initiative und hofft, dass bald wesentlich mehr Berechtigte einen Köln-Pass beantragen.

Eine andere Frage der LINKEN ist endlich geklärt worden. Nachdem in verschiedenen Berichten immer wieder neue Beträge genannt wurden, die die Stadt als Einnahmeausfälle für den Köln-Pass an die KVB zahlen muss, besteht nun endlich Klarheit: „Kassenwirksam werden in 2008 die Rechnungen nach der alten Tarifstruktur für Dezember 2007 bis März 2008 (Volumen: ca. 2,1 Mio. Euro). Ab April werden für die nächsten 8 Monate (bis einschließlich November 2008) nochmals ca. 100.000 Euro pro Monat erwartet (Volumen: ca. 800.000 Euro). Die Rechnung für Dezember wird erst im Januar 2009 gestellt und somit nicht mehr in 2008 kassenwirksam.“

Damit wird deutlich, dass sich der ursprünglich erwartete Erstattungsbetrag von weit über 4 Mio. Euro gewaltig verringert hat. Mehr Köln-Pässe bedeuten eben mehr KVB-BenutzerInnen und weniger SchwarzfahrerInnen!
Michael Kellner

■ Verkehr

Weniger Unfalltote nur durch Umsteuern in der Verkehrspolitik

Die polizeiliche Unfallstatistik für den Kölner Straßenverkehr gibt Anlass zur Sorge. Im Vergleich mit dem Jahr 2006 stieg vergangenes Jahr nicht nur die Zahl der Unfälle überhaupt von 34.906 auf 38.104. Es gab mit 25 Verkehrstoten auch vier bzw. 19,2 % mehr als 2006. Auch die Zahl der Schwerverletzten erhöhte sich 2007 um 6,1 % oder 39 Menschen.

Auf gleichbleibend hohem Niveau stagniert die Zahl der Fahrradunfälle. 1.463 Radfahrer waren 2007 in einen Unfall verwickelt.

Die Polizei setzt neben Aufklärung verstärkt auf Kontrollen und Strafen, etwa für das Überqueren roter Ampeln. Das Aufklären über richtiges Verhalten und mögliche Gefahren ist sinnvoll. Restriktive Maßnahmen, verstärkte Kontrollen und Bußgelder können nur dann zum Erfolg führen, wenn Verkehrsteilnehmer die Regeln, die sie beachten sollen, auch für sinnvoll halten.

Doch viele Fahrradfahrer sehen ihre Benachteiligung gegenüber dem Autoverkehr nicht ein und verstoßen auch deshalb



Ursprünglich vorgesehene Plakat zum durchaus gewalttätigen Theaterstück „Die Nibelungen“ von Hebbel: zensiert, weil zu gewalttätig

ohne Unrechtsbewusstsein gegen Regeln. Um Fahrradfahrer wirksam zu schützen, müsste die Stadt Köln vielmehr endlich eine Verkehrspolitik verwirklichen, die Schluss mit dem Vorrang des Autoverkehrs macht und schwächere Verkehrsteilnehmer gegenüber dem Auto privilegiert. Ein gutes Beispiel dafür ist die katastrophale Radwegesituation auf der Venloer Straße, wo parkende Autos die Sicht und die unbehinderte Fahrt auf dem Radweg stark einschränken. Mehr und bessere Radwege, hartes Durchgreifen gegen Parken auf dem Radweg, Vorrang für den unmotorisierten Verkehr sind nur einige der Instrumente, die Leben retten können.

Michael Weisenstein

■ Schule und Weiterbildung

OGTS-Kräfte werden schlecht bezahlt

Anlässlich einer Anfrage der LINKEN. zur Offenen Ganztagsgrundschule wurde Beunruhigendes über die finanzielle Situation der Beschäftigten bekannt.

Von insgesamt 1366 Beschäftigten werden nur 232 tariflich bezahlt. Das sind lediglich knapp 17 %. Erschwerend kommt dazu, dass die Beschäftigten in der Offenen Ganztagsgrundschule in der Regel kein Vollzeit-Arbeitsverhältnis haben, sondern nur 20 - 25 Stunden in der Woche arbeiten.

Während 460 Beschäftigte für Zusatzangebote zuständig sind und 136 Küchenkräfte beschäftigt werden, arbeiten immerhin 770 Menschen als Basiskräfte. Sie garantieren die Grundbetreuung in der Zeit von 12 bis 16 bzw. 17 Uhr.

Interessant ist, dass an allen Schulen zusammen lediglich 24 sog. Ein-Euro-Jobber eingesetzt werden.

In der Offenen Ganztagsgrundschule sind keine Vollarbeitsverhältnisse möglich, von denen Menschen leben, geschweige denn eine Familie ernähren können. Das wirkt demotivierend für die sehr engagierten Mitarbeiter und zwingt diese in anstrengende Zweitjobs. Eltern und Beschäftigte berichten uns immer wieder von schnellem Ausgebranntsein und hoher Fluktuation. Das geht zu Lasten der Erzieher und der Kinder. DIE LINKE. ist außerdem strikt gegen alle Ein-Euro-Jobs. Gerade an Schulen sind sie besonders schädlich.

Völlig unklar ist auch, was passiert, wenn eine Basiskraft krank wird. Das Budget der OGTS ist mit 41.000 Euro pro Gruppe und Jahr so knapp bemessen, dass Aushilfen kaum einzustellen sind. Von diesem Budget müssen zwei Basiskräfte und Menschen, die die Zusatzangebote durchführen, bezahlt werden. Letztere werden meist auf Honorarbasis beschäftigt. Davon müssen auch Kosten für Spielmaterial und andere Anschaffungen getragen werden. Zusätzlich kann ein Lehrer ein Fünftel seiner Arbeitszeit pro Gruppe freigestellt wer-

den. Wenn die Schule nur die Hälfte dieser Stunden nutzt, kann sie sich die andere Hälfte auszahlen lassen.

Dabei trägt die Kommune mit 17,8 Mio. Euro städtischer Mittel jährlich bereits zur Qualitätsverbesserung bei. Ihr Pflichtanteil beträgt lediglich 7,3 Mio. Euro. 10,5 Mio. Euro steuert Köln freiwillig bei.

DIE LINKE möchte eine Ganztagsbetreuung, die Kinder wirksam fördert und ihnen Spaß macht. Dazu muss das Land mehr Geld für die Ganztagschule freigeben. Obwohl die Mitarbeiter überdurchschnittlich hoch motiviert und engagiert sind, können nur zufriedene Beschäftigte, die von ihrer Arbeit leben können, auf Dauer gute pädagogische Arbeit leisten. So macht das Land mit dieser Qualitäts-Mogelpackung Schulpolitik auf dem Rücken von Kindern und Beschäftigten. Solange nicht mehr Geld bereitgestellt wird, wird sich an der Bildungsmisere nichts ändern. Daran ändern alle wohlklingenden Reden nichts.

Özlem Demirel

■ Soziales und Senioren

Stromsperrung – auch in Köln

Die Presseberichte über drastisch steigende Stromsperrungen häufen sich. Nach einer Untersuchung der internationalen Energieberatungsstelle NUS Consultings liegt Deutschland mit 11,51 Cent pro kWh auf Platz 2 der höchsten Strompreise. Von 2003 bis 2008 beträgt die Steigerung ca. 67,7 %. Gleichzeitig wird von zunehmenden Zahlungsschwierigkeiten von privaten Kunden berichtet. In NRW waren 2007 130.000 Kunden von einer Stromsperrung betroffen. Das Mitglied der Fraktion DIE LINKE. Köln im Sozialausschuss fragte deshalb nach der Situation in Köln.

Auch wenn die Zahlen in Köln rückläufig sind, waren im Jahr 2007 ca. 5.350 Menschen von einer solchen Sperrung betroffen. Das sind 1 % der RheinEnergie-Kunden. Außerdem befinden sich z. Z. ca. 5 % der Haushaltskunden der RheinEnergie in Zahlungsverzug. Wir dürfen nicht vergessen: Hinter den Zahlen stehen Menschen in Not. Jede Sperrung ist hier eine zuviel. Die RheinEnergie betont in ihrer Antwort, dass eine Unterbrechung der Versorgung erst dann erfolgen darf, wenn nach erfolgter Mahnung und Androhung der Unterbrechung, die vier Wochen vorher vorzunehmen ist, nochmals eine Ankündigung der Unterbrechung drei Tage im Voraus erfolgt. Außerdem muss der Kunde mit einer Zahlungsverpflichtung von mindestens 150 Euro in Verzug sein.

Das Amt für Soziales und Senioren betonte, dass Personen, die Schulden auf Grund von nicht gezahlten Energiekosten haben, deren Übernahme im Rahmen der Sozialhilfe beantragen können. Auch für Menschen, die Leistungen nach dem SGB

II erhalten, ist das möglich. Es gibt „verschiedene gesetzliche Möglichkeiten für das Sozialamt, diese Kosten zu übernehmen, um eine Zäblersperre zu verhindern.“ Wichtig ist, dass die Betroffenen sich so schnell wie möglich mit der RheinEnergie, mit der Kölner Verbraucherberatung oder mit dem Amt für Soziales und Senioren in Verbindung setzen. 2008 konnte das Amt in 25 Fällen durch Stromkostenübernahme eine Stromsperrung verhindern.

Michael Kellner

Liegenschaften

Mehr ambulante Betreuung möglich durch Mehrgenerationenwohnen?

Alte Menschen möchten nicht in ein Altersheim umziehen. Sie möchten in ihrer vertrauten Umgebung leben und dabei trotzdem nicht auf Hilfestellung verzichten müssen. Dieses Anliegen zu unterstützen ist nicht nur im Sinne unabhängiger, selbstbestimmter Menschen – es ist auch noch die preisgünstigere Pflegevariante. Denn ambulante Betreuung ist im Schnitt nur ein Viertel so teuer wie Pflege im Heim.

Dasselbe gilt für behinderte Menschen. Früher wurden sie als „Sorgenkinder“ angesehen, die man in Heimen rundum umsorgen müsse. Doch mit dieser Einstellung wurden sie auch bevormundet, ihnen das Recht auf Eigenständigkeit und eigene Entscheidungen abgesprochen.

In den letzten Jahren ist mit der Devise „Ambulant vor Stationär“ ein Paradigmenwechsel eingeleitet worden. Die Nachfrage nach ambulanten Plätzen ist groß, der Ausbau geht allerdings nicht so schnell voran wie wünschenswert. Gebremst wird der Aufbau ambulanter Pflegeplätze durch fehlende preiswerte und gleichzeitig behinderten- bzw. seniorengerechte Wohnungen. Denn wer auf Hilfe im Alltag angewiesen ist, ist oder wird in der Regel arm.

Im Liegenschaftsausschuss hatte der Vertreter der LINKEN, Jörg Detjen, nachgefragt, ob eine Verknüpfung mit den Projekten des Mehrgenerationenwohnens möglich sei. Hierzu hat die Verwaltung festgestellt, dass sowohl die barrierefreie Ausstattung dieser Projekte als auch der gute nachbarschaftliche Zusammenhalt unter Umständen den späteren Umzug in eine Pflegeeinrichtung überflüssig werden lässt.

Bisher bestehen in Köln bereits 22 solcher Projekte bzw. befinden sich im Bau. Um diese Projekte zu fördern, wurde vom Amt für Soziales und Senioren ein Finanzierungskonzept für pflegebedürftige und behinderte Menschen entwickelt.

Mehr Werbung für diese gute und zukunftsträchtige Wohnform ist wünschenswert. Wie viele Menschen so leben möchten, und ob die Gruppe gut zusammenwächst und ihrem Anspruch gerecht wird, kann allerdings von der Politik nicht beeinflusst werden.

Andrea Kostolnik

Im letzten Jahr musste die Sparkasse KölnBonn eine Risikoabschirmung von 40 Mio. Euro für die WestLB zurückstellen. Insgesamt sollen es – auf mehrere Jahre verteilt – 100 Mio. Euro sein, die die Rettung der WestLB allein die KölnBonner Sparkasse kostet. Der Abfluss dieser großen Summe war einer der Gründe, dass die Sparkasse 2007 nur 400.000 Euro Gewinn erwirtschaftete, erkaufte allerdings durch einen Rückgriff in die Reserven wie das Handelsblatt am 10.4.2008 berichtete. Noch 2006 wies der Gewinn 36,1 Mio. Euro aus, der indirekt auch den Kölnerinnen und Kölnern zu Gute kam.

So unterhält die Sparkasse eine Kulturstiftung, die viele Projekte der freien Kulturszene in Köln erst möglich machte. Sie unterhält auch eigene Museen und Ausstellungsorte wie die fotografische Sammlung im Mediapark oder das Käthe-Kollwitz-Museum am Neumarkt. Teile des Gewinns könnten auch zur Aufstockung der Kreditvergabe benutzt werden. Weil aufgrund des schlechten Geschäftsergebnisses

Warmes Wasser für arbeitslose Familien Amt soll Höchstgrenzen nicht ausschöpfen

Die Besitzer langsamer Autos oder Motorräder wissen es genau: Wenn am Straßenrand ein rundes Schild mit rotem Rand steht, in dessen Mitte z.B. „130 km“ zu lesen ist, dann heißt das, dass man nicht schneller als 130 Kilometer in der Stunde fahren darf. Es heißt nicht, dass man 130 km/h fahren muss! Diese Selbstverständlichkeit schicke ich hier vorweg, da sie augenscheinlich noch nicht bis zum Sozialdezernat durchgedrungen ist.

Am 27.02.08 hat das Bundessozialgericht in einem Urteil (B 14/11b AS 15/07 R) höchststrichlerlich entschieden, dass die bisherige Praxis eines pauschalen Abzugs der Kosten der Warmwasseraufbereitung analog der Heizkostenverordnung nicht zulässig ist. Vor dem Hintergrund des Urteils sind alle Leistungsfälle im SGB II und im SGB XII, in denen bislang die pauschale Kürzung der Heizkosten um 18 % vorgenommen wurde, zu prüfen und hinsichtlich der Warmwasserkostenanteile neu zu berechnen.

Das Sozialdezernat will die vom BSG gesetzten Höchstgrenzen voll ausschöpfen, was dazu führt, dass die Menschen teilweise weniger Geld bekommen als bisher. Gerade Familien mit kleinen Kindern sind davon besonders hart betroffen. Allerdings gibt es nirgends eine Vorschrift, dass Höchstwerte ausgenutzt werden müssen. Man darf sie nur nicht überschreiten. Darauf hat DIE LINKE. Köln in der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren hingewiesen.

HP Fischer

Sparkasse KölnBonn und WestLB: Die unendliche Geschichte

zu wenig Geld für Kredite an den Mittelstand vorhanden ist, bemühen sich große Teile des politischen Establishments in Köln um einen Kredit der Stadt an die Sparkasse.

Doch damit ist die Belastung der Sparkassen durch die WestLB nicht vom Tisch. Die EU hat die Absicherung durch die Finanzspritzen nur erlaubt, wenn sich die WestLB eine neue Eigentümerstruktur gibt. Den Sparkassenverbänden gehört bislang 51%, dem Land NRW 38%, den Rest halten die beiden Landschaftsverbände.

Glaut man der Presseberichterstattung, dann ist die DEKA-Bank als geeigneter Käufer der Landesanteile ein aussichtreicher Übernahmekandidat. Die DEKA ist aber die Fondsbank der Sparkassen und gehört zu gleichen Teilen diesen und den Landesbanken. Wieso durch einen Kauf der Landesanteile durch die DEKA ein Eigentümerwechsel zustande kommt, erschließt sich nicht.

Bleibt es bei dieser Konstruktion, müssten die Sparkassen direkt oder indirekt mindes-

tens die Hälfte des Kaufpreises aufbringen. Auch das würde sich negativ auf den Gewinn der Sparkasse niederschlagen. Unklar ist außerdem, ob die WestLB in Zukunft stabil Gewinne erwirtschaftet oder weiterhin auf hochriskante Spekulationsgeschäfte angewiesen wäre.

Für das zukünftige Geschäftsmodell existieren zwar verschiedenen Varianten. Bislang ist aber völlig offen, wie die WestLB in Zukunft ihr Geld verdienen wird.

Andrea Kostolnik



Foto: CalAggie

Städtepartnerschaftsarbeit in Köln – es tut sich was

Köln hat 23 Städtepartnerschaften, 21 unter ihnen im Ausland. Dazu kommen sechs Städtepartnerschaften auf Bezirksebene. Keine Stadt in Deutschland hat so viele Partnerstädte. Mit Liverpool hat Köln die längste Partnerschaft – seit 1952 – und mit Istanbul erst seit 1997. Es gibt 22 Städtepartnerschaftsvereine, die die Partnerschaften mit Köln immer wieder neu beleben und aktivieren.

Allerdings sind in den vergangenen Jahren auch Ermüdungserscheinungen eingetreten. Viele Jahre stand der Aspekt der Völkerverständigung im Vordergrund. Aber inzwischen haben sich die Themen und Formen von Städtekooperationen gewandelt. Neue Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen den Städten tun sich auf, so in Städtenetzwerken oder in gemeinsamen Projekten, auch auf Zeit. Die EU bietet in diesem Zusammenhang vielfältige Fördermöglichkeiten an.

Der Rat der Stadt Köln hat deshalb die Verwaltung im Januar 2008 beauftragt, „ein Konzept zur Neuausrichtung der Städtepartnerschaftsarbeit und der internationalen Städtekooperation zu entwickeln“. Ein erster Entwurf wurde den von den Parteien entsandten Ratsmitgliedern im August dieses Jahres vorgestellt und diskutiert. Neu waren u. a. das Modell Projektpartnerschaft oder Kooperationsabkommen und die Definition von Schwerpunktthemen. Jedes Jahr soll außerdem zukünftig unter ein bestimmtes Motto gestellt werden. Die anwesenden Ratsmitglieder wünschten sich eine stärkere Einbindung in die Arbeit der Städtepartnerschaft. Ein weiterer Wunsch aller Teilnehmer war eine bessere Koordination der Schulpartnerschaften.

Das Konzept für die Weiterentwicklung der Städtepartnerschaften wird zur Zeit überarbeitet und dann dem Rat vorgestellt.

Michael Kellner

Der Rathausvorplatz muss bebaut werden!

Archäologische Zone und Haus der Jüdischen Kunst und Kultur in der Diskussion

Köln ist innerhalb der letzten 2000 Jahre eine der bedeutendsten Städte nördlich der Alpen gewesen. Das administrative Zentrum war dort, wo auch heute in Köln regiert wird – nur einige Meter tiefer. Hier regierten die Stadthalter Roms, gallische, rheinfränkische, merowingische und karolingische Könige bis Karl der Große.

Gleichzeitig befand sich hier das älteste jüdische Gemeindezentrum nördlich der Alpen mit der ältesten in Europa nachgewiesenen Synagoge, mit Mikwe, Warmbad, Bäckerei und Hospital. Und mittendrin stand seit dem 12. Jahrhundert das christliche Rathaus. Ein Zeichen, dass es neben den furchtbaren Verfolgungen und Vertreibungen der Kölner Juden auch eine gemeinsame Geschichte der jüdischen und christlichen Bürger und Bürgerinnen Kölns gegeben hat. 1424 wurden die Juden vorerst endgültig aus Köln vertrieben. Ihr Zentrum wurde zerstört, und auf den Fundamenten der Synagoge wurde die Ratskapelle gebaut, die bis zu ihrer Zerstörung 1942 auf dem Rathausvorplatz stand.

Die geplante Archäologische Zone hat also viel zu bieten. Schon in den 50er Jahren wurden die freigelegten Teile des römischen Prätoriums zu einem Museum umgewandelt. Weitere Versuche der Ausweitung der Ausgrabungen folgten. 1980 wurde eine Bebauung des Rathausvorplatzes durch ein Bürgervotum erst einmal gestoppt. Aber das Interesse an weiteren Ausgrabungen war geweckt worden – vor allem durch Untersuchungen, die der damalige städtische Konservator im Trümmerareal vor dem Rathaus gemacht hatte. Sie förderten ein einzigartiges Ensemble von Wohn- und Funktionshäusern der mittelalterlichen jüdischen Gemeinde zutage. 2006 beschloss der Rat einen Architektenwettbewerb zur Archäologischen Zone und dem Haus der Jüdischen Kunst und Kultur. Nach diesem Beschluss sollte „der Rathausplatz wegen der Authentizität des Ortes der einzig mögliche Standort für eine Haus der Jüdischen Kunst und Kultur“ sein. Am 12.6.2008 wählte das Preisgericht unter den 36 Wettbewerbsträgern das Büro Wandel Hoefler Lorch + Hirsch aus Saarbrücken als 1. Preisträger aus.

Die Widerstände gegen die Bebauung des Rathausvorplatzes sind trotz eindeutiger Beschlusslage immer noch sehr groß. Die Fraktion DIE LINKE. Köln spricht sich allerdings eindeutig für die Bebauung des Platzes aus. Folgende Gründe sprechen dafür:

Die Funde unter dem Rathausvorplatz sind einmalig. Nicht nur die Überreste der in Europa ältesten Synagoge befinden sich

hier, sondern auch die darunter liegende Geniza, ein unterirdisches Archiv, einzigartig in einer Synagoge des Mittelalters. Wo in Europa werden Zeugnisse solcher Geschichte einfach zugeschüttet, damit ein Platz – neben vielen weiteren Plätzen in der Nähe – erhalten bleibt? Eine mögliche Erhaltung aber erfordert Schutzbauten, die nach Ansicht der Architekten mindestens



Ansicht des Rathausplatzes um 1830

1 m hoch sein müssen. Eine Bebauung des Platzes scheint also unumgänglich.

Die „Gesellschaft zur Förderung eines Hauses und Museums der Jüdischen Kultur“, die 1996 gegründet wurde, hat ihre Aktivitäten zum Bau dieses Hauses davon abhängig gemacht, dass das Museum (heute: Haus der jüdischen Kunst und Kultur) über dem Rathausvorplatz gebaut wird. Für sie ist hier der historisch authentische Ort, hier liegen die begehren Zeugnisse, und darüber sollen diese Zeugnisse im eigenen Haus interpretiert werden. Die Kampagne der CDU gegen die Bebauung des Rathausvorplatzes (Annonce in den Kölner Zeitungen „Rathausplatz muss frei bleiben“) ignoriert nicht nur den Ratsbeschluss zur Bebauung des Platzes, sondern auch die Auflage der Gesellschaft. Sie richtet sich damit offensichtlich überhaupt gegen den Bau des Hauses der Jüdischen Kunst und Kultur.

Die Rathauslaube stand in gotischer Zeit etwas südlicher und wurde später bewusst nach Westen verschoben. Sie öffnet sich heute nicht dem Rathausplatz, sondern der Gasse, die deswegen „Portalsgasse“ heißt. Eine Bebauung des Platzes würde dieser Architektur wieder Rechnung tragen. Von der Portalsgasse her gewinnt man dann einen neuen und überraschenden Zugang zum Rathaus.

Dieser Zugang muss höher bewertet werden als der freie Blick auf die Fassade

des Wallraf-Richartz-Museums, auf den der Stifterrat so viel Wert legt. Offensichtlich hat die üble Kampagne des Kölner Stadt-Anzeigers gegen die Bebauung des Rathausvorplatzes hier ihren Ausgang genommen. Alfred Neven DuMont ist schließlich der Vorsitzende des Stifterrates.

Als Alternative wird immer wieder der Standort des ehemaligen Kaufhaus Kutz genannt. Aber was hat ein Kaufhaus mit dem mittelalterlichen jüdischen Zentrum zu tun? Ein möglicher unterirdischer Gang von den Ausgrabungen zu einem dortigen Museum würde außerdem schnell auf die alte Stadtmauer stoßen oder seine Grenze vor dem von Norden nach Süden führenden Abwasserkanal finden. Und was ist aus den Plänen zur Erweiterung des Wallraf-Richartz-Museums geworden? In der Auseinandersetzung um das Haus der Jüdischen Kunst und Kultur ist keine Rede mehr davon.

Es werden immer wieder Zweifel an der Finanzierung des Hauses der Jüdischen Kunst und Kultur laut. Ein Interview mit dem Vorsitzenden der Gesellschaft, Graf von Hoensbroech, im Kölner Stadtanzeiger hat hier für Klarheit gesorgt. Für die CDU gilt: Wer die Bedingungen eines Vereins dermaßen ignoriert, muss sich nicht wundern, dass Stifter erst dann finanzielle Zusagen machen, wenn sicher ist, dass das geplante Museum wirklich am dafür vorgesehenen Ort gebaut wird.

Z. Z. scheint das größte Problem in der Verzahnung der Archäologischen Zone mit dem Haus der Jüdischen Kunst und Kultur zu liegen. Der Oberbürgermeister will mit aller Macht diese Verbindung trennen. Der Grund dafür: Die Qualifizierung der Archäologischen Zone als A – Projekt für die Regionale 2010. Damit winkt dem Projekt eine 80%ige Förderung durch das Land NRW. Die Entscheidung soll am 22.9.2008 fallen. Wenn aber eine der wichtigsten Auflagen der „irreversible Anfang“ des Projektes ist, dann ist die Notwendigkeit einer Trennung der beiden Bauprojekte nicht nachvollziehbar. Deshalb stellt die Fraktion DIE LINKE. Köln mit Recht die Frage: Dient die Begründung über die Regionale nur dazu, nicht nur die Verbindung zwischen der Archäologischen Zone und dem Haus der Jüdischen Kunst und Kultur zu kappen, sondern eine Bebauung des Platzes überhaupt zu verhindern?

Michael Kellner

Platzj abbeck

Bitte kosten los schicken

Ja, ich möchte regelmäßig Informationen über die Arbeit der Fraktion DIE LINKE. Köln im Rat der Stadt Köln erhalten. Bitte schicken Sie den „Platzj abbeck“ kostenlos und unverbindlich an folgende Adresse:

Name, Vorname

Straße, Postleitzahl, Ort

DIE LINKE. Köln, Fraktion im Rat der Stadt Köln
Gülichplatz 1-3, Postfach 103 564, 50475 Köln
Tel. 221-278 40, Fax 221-278 41
email: DieLinke.Koeln@stadt-koeln.de V.i.S.d.P. Jörg Detjen

Eine „Veranstaltung von Rechts“, die „die Bundesrepublik Deutschland so noch nie gesehen hat“ (O-Ton: Markus Beisicht). Der so bezeichnete, „Anti-Islam-Kongress“ der selbsternannten „Bürgerbewegung pro Köln“ vom 19. bis zum 21. September – hat für seine öffentliche Kundgebung am Samstag, den 20. September einen Austragungsort gefunden. Nachdem „pro Köln“ es lange Zeit auf den Roncalli-Platz abgesehen hatte, muss nun also der Heumarkt als Spielwiese der Rechtsaußen erhalten, die auf „mehrere tausend Besucher“ hoffen. Einen Tag später wollen sich (nach eigenen Angaben) bisher 400 Anhänger zu einer „internen Abschlusskundgebung“ in Leverkusen treffen.

Die von „pro Köln“ ständig erweiterte Teilnehmerliste liest sich inzwischen wie ein „Who is Who“ des europäischen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus und kann seit der letzten Ausgabe des Platzj abbeck Neuzugänge wie Mario Borghesio von der italienischen Lega Nord verzeichnen. Da gegen den Europa-Parlamentarier Borghesio Einschlägiges vorliegt – so wurde er wegen Brandstiftung zu fünf und wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt und Beamtenbeleidigung zu acht Monaten Haft verurteilt – hat die Fraktion DIE LINKE eine Anfrage an den Stadtdirektor Kahlen zu einer möglichen Einreisebeschränkung gestellt. Sie wurde inzwischen leider negativ beschieden.

Mit der Teilnahme von Harald Neubauer wird zudem ein weiteres Mal die vorgeblich zur Schau gestellte Abgrenzung „pro Kölns“ gegenüber Kräften mit offen neofaschistischem Charakter hinfällig. Er kandidierte 2005 auf der sächsischen Landesliste der NPD zur Bundestagswahl.

Vielfältiger Widerstand und Aufklärung

Es werden viele Informationsveranstaltungen zum Kongress und seinen Teilnehmern organisiert, z. B. die Konferenz „Feindbild Islam – Rechtspopulistische Kulturalisierung des Politischen“ der Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus im NS-Dokumentationszentrum und der Arbeitsstelle Neonazismus der FH Düsseldorf

„Anti-Islam-Kongress“ Neues von Gästeliste und Veranstaltungsort

am 13. September in der VHS Köln. Außerdem hat sich unter anderem ein Bündnis von Kölner Gastronomen, Kneipen und Kulturschaffenden zur „Kölner Kneipen-Kultur gegen Nazis“ zusammengefunden und sagt: „Kein Kölsch für Nazis“. Tausende Bierdeckel mit diesem Aufdruck werden die Besucher der betreffenden Kneipen in den nächsten Wochen zu sehen bekommen. Mit dem „Kulturellen Aktionswochenende“ (12./13. September) will das Bündnis mit vielfältigen antirassistischen Kulturprogrammen gegen „pro Köln“ und ihre Kameraden protestieren. Der Infobus der Antifaschistischen Aktion Köln & Umgebung fährt zudem derzeit nordrhein-westfälische Städte an, um dort über den Kongress aufzuklären.

DIE LINKE ruft ebenso wie alle demokratischen Parteien und Organisationen zur Unterstützung der Proteste gegen den Rassisten-Kongress und zur Teilnahme an der vom DGB und anderen, initiierten großen

Gegen-Demo „Wir stellen uns quer“ am Morgen des 20. September auf. Fraktion und Partei lädt daher alle Interessierten am 11. September um 19.30 Uhr im Berufskolleg Südstadt (Zugweg 48) zur Diskussion mit dem belgischen Widerstandskämpfer Michel Vanderborght und dem Journalisten Bernard Schmid ein.

*Phillip Becher
studiert Sozialwissenschaften und
Geschichte an der Universität Siegen und
macht gerade ein Praktikum bei der
Ratsfraktion.*



Termine... Termine...

Di, 2.9., 19 Uhr

Kandidaturen der LINKEN. Köln für Rat/Bezirksvertretungen und Oberbürgermeister/-in
Infoveranstaltung (keine Kandidatenwahl!)
Naturfreundehaus Kalk,
Kapellenstr. 9a

Do, 11.9., 19.30 Uhr

Wir stellen uns quer gegen Rassisten + Holocaust-Leugner.
Informationsveranstaltung
Berufskolleg Südstadt,
Zugweg 48

Mi, 24.9., 19 Uhr

Selbstverständnis linker Kommunalpolitik
Diskussion mit Herman Dierkes (Fraktionsvorsitzender DIE LINKE. Duisburg), Michael Moos (stellv. Vorsitzender Linke Liste, Freiburg), Stefan Ludwig (Bürgermeister Königs Wusterhausen)
Naturfreundehaus Kalk, Kapellenstr. 9a

Sa, 27.9., 11 Uhr – 17 Uhr

Kommunalwahlprogramm der LINKEN.
Köln, Passage Jugend und Schule
Tagesseminar, Naturfreundehaus Kalk,
Kapellenstr. 9a